

Vorlage – zur Kenntnisnahme –

**Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen
(Berichtszeitraum 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2024)**

Der Senat von Berlin
ASGIVA LfB 4
9(0)28-1658

An das
Abgeordnetenhaus von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Vorlage

- zur Kenntnisnahme -
des Senats von Berlin
über Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen
(Berichtszeitraum 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2024)

Der Senat legt nachstehende Vorlage dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor:

Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen
(Berichtszeitraum 01. Januar 2023 bis 31. Dezember 2024)

Nach § 24 Landesgleichberechtigungsgesetz (LGBG) berichtet die oder der Landesbeauftragte dem Senat anlassbezogen, mindestens aber alle zwei Jahre, über

1. Verstöße gegen die Regelungen zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, einschließlich der Rechte gemäß des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen durch Behörden und sonstige öffentliche Stellen und deren dazu abgegebene Stellungnahmen oder ergriffene Maßnahmen und
2. ihre oder seine Initiativen, Tätigkeiten und Zielsetzungen.

Der beigefügten Anlage ist der Tätigkeitsbericht nach § 24 S. 1 Nr. 2 für den Zeitraum 01. Januar 2023 bis 31. Dezember 2024 zu entnehmen. Den letzten anlassbezogenen Verstößebericht nach § 24 S. 1 Nr. 1 nahm der Senat am 29. Oktober 2024 zur Kenntnis.

Gemäß § 24 S. 2 LGBG ist der Bericht nach Kenntnisnahme durch den Senat dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vorzulegen.

Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

a) Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

keine

b) Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

keine

Berlin, den 16. September 2025

Der Senat von Berlin

Kai Wegner

.....

Regierender Bürgermeister

Cansel Kiziltepe

.....

Senatorin für Arbeit, Soziales,
Gleichstellung, Integration, Vielfalt und
Antidiskriminierung

Bericht der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen 2025

gemäß § 24 S. 1. Nr. 2 des Gesetzes über die Gleichberechtigung von Menschen mit und ohne Behinderungen (Landesgleichberechtigungsgesetz - LGBG) vom 27. September 2021

Bericht der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen über ihre Tätigkeit in der Zeit vom 01. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2024

15. Tätigkeitsbericht

Inhalt

1	Einleitung	3
1.1	Vorbemerkung	3
1.2	Rahmen der Berichterstattung	4
2	Rahmenbedingungen für die Tätigkeit der Landesbeauftragten	5
2.1	Personalsituation im Büro der Landesbeauftragten	5
2.2	Zusammenarbeit mit Externen	6
3	Die Ombudsfunktion der Landesbeauftragten	7
3.1	Die Anfragen nach Sachgebieten	8
3.2	Sprechstunde für Bürgerinnen und Bürger	11
4	Gremien, Gesprächstermine und Arbeitsgruppen	12
4.1	Jour Fixe mit der für Soziales zuständigen Senatsverwaltung	13
4.2	Jour Fixe mit der LADG-Ombudsstelle	13
4.3	Ressortübergreifende AG zur Umsetzung LGBG	14
4.4	Arbeitsgruppen „Menschen mit Behinderungen“	15
4.5	Konferenz der bezirklichen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen	16
4.6	Zusammenarbeit mit dem Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen.	18
4.7	Fahrgastbeirat zum Sonderfahrdienst für Menschen mit Behinderungen....	20
4.8	Berliner Behindertenparlament	21
4.9	Meinungsaustausch mit den Berliner Werkstattträgern	21
4.10	Konferenz der Beauftragten von Bund und Ländern für Menschen mit Behinderungen	22
5	Initiativen und Zielsetzungen	24
5.1	Stellungnahmen zu behindertenpolitisch relevanten Vorhaben des Senats	24
5.2	Zusammenarbeit mit dem Abgeordnetenhaus	27
5.3	Arbeitskreis Barrierefreies Gesundheitswesen	28
5.4	Runder Tisch ME/CFS	29

5.5	Veröffentlichung des Rechtsgutachtens zur Persönlichen Assistenz	32
6	Schlussbemerkungen.....	33
	Abkürzungsverzeichnis.....	35

1 Einleitung

Gewidmet ist dieser Bericht Herrn Steffen Petzerling, langjährigem Mitarbeiter im Büro der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen und in der Geschäftsstelle des Landesbeirats. Er verstarb viel zu früh nach schwerer Krankheit am 05. Juli 2024. Ihm soll an dieser Stelle gedacht werden.

1.1 Vorbemerkung

In allen 16 Bundesländern sowie auf Bundesebene gibt es mittlerweile Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen. In Mecklenburg-Vorpommern handelt es sich dabei um einen Bürgerbeauftragten, der die Belange von Menschen mit Behinderungen mitberücksichtigt. Dabei sind die Funktion, strukturelle Anbindung sowie das Rollenverständnis der jeweiligen Beauftragten unterschiedlich ausgestaltet. Dies ist zum einen historisch bedingt, zum anderen aber auch dem Amtsinhaber oder der Amtsinhaberin selbst zur Ausgestaltung überlassen.

In Berlin existiert die Position bereits seit 1999 und konnte im Laufe der Zeit immer mehr an Bedeutung gewinnen. Der durch das Landesgleichberechtigungsgesetz (LGBG) gesetzte Rahmen sieht vor, dass der oder die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen (im Folgenden LfB; Landesbeauftragte) fachlich eigenständig und ressortübergreifend tätig ist. Er oder sie hat zum einen eine politische Funktion, nämlich darauf zu achten, dass der Senat seinen Verpflichtungen aus Artikel 11 der Verfassung von Berlin sowie aus dem LGBG zur Gleichberechtigung von Menschen mit und ohne Behinderungen nachkommt. Zum anderen ist mit der Ombudsfunktion eine unmittelbare Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern gegeben, denn jeder, der der Meinung ist, dass die Rechte von Menschen mit Behinderungen verletzt werden, kann sich an den oder die Landesbeauftragte wenden. Der oder die LfB übt auch eine Schnittstellenfunktion zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft aus, wird durch den Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen beraten und hat seit 2010 eine Koordinierungsfunktion nach Art. 33 UN-Behindertenrechtskonvention inne.

In diesem Rahmen nimmt die derzeitige Landesbeauftragte ihr Amt in Berlin seit 2017 wahr. Die Funktion ist dabei verwaltungsnäher als in anderen Bundesländern gestaltet, da Berlin auf dem Weg zum Disability Mainstreaming bereits einige wichtige Schritte unternommen hat und die Landesbeauftragte über die Regelung von § 17 Abs. 2 LGBG durch alle Senatsverwaltungen frühzeitig zu beteiligen ist,

wenn die Belange von Menschen mit Behinderungen bei politischen Vorhaben berührt sind. Damit einher geht eine breite thematische Aufstellung und Berücksichtigung aller Politikfelder, ein sehr großer Umfang an Gremienarbeit, die Anfertigung vielfältiger Stellungnahmen und eine inhaltliche Komplexität, die in diesem Bericht nur im Ansatz abgebildet werden kann. Die Tätigkeit lässt sich insgesamt in die vier Handlungsfelder Bewusstseinsbildung, Einwirkung auf strukturelle Rahmenbedingungen, Bearbeitung von Einzelthemen sowie Unterstützung von Einzelpersonen im Rahmen der Ombudsfunktion gliedern.

1.2 Rahmen der Berichterstattung

Dieser 15. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen umfasst den Berichtszeitraum 01. Januar 2023 bis 31. Dezember 2024. Der Bericht liegt damit in der 19. Legislaturperiode des Senats, dessen Zusammensetzung und Ressortzuschnitte sich durch die am 12. Februar 2023 durchgeführte Wiederholungswahl veränderten. Die Neukonstituierung des Abgeordnetenhauses fand am 16. März 2023 statt.

Mit dem 15. Tätigkeitsbericht wird der in § 24 LGBG vorgesehene zweijährige Turnus der Berichterstattung aufrechterhalten. Anders als in der Vergangenheit erfolgt die Berichterstattung zu Initiativen, Tätigkeiten und Zielsetzungen der Landesbeauftragten gemäß § 24 Satz 1 Nr. 2 LGBG mit diesem Bericht zeitlich unabhängig vom nach § 24 Satz 1 Nr. 1 LGBG anzufertigenden Verstößebericht, welcher zuletzt als anlassbezogener Verstößebericht im Oktober 2024 erschienen ist.

Der Berichtszeitraum liegt in der zweiten Amtsperiode der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen Christine Braunert-Rümenapf. Sofern sich gegenüber dem 14. Tätigkeitsbericht (AGH Drs. 19/1318) keine Veränderungen der organisatorischen sowie rechtlichen Grundlagen für die Arbeit der Landesbeauftragten ergeben haben, werden diese hier nicht erneut im Detail ausgeführt. Der Bericht ist inhaltlich gestrafft und beinhaltet auch einen Ausblick auf laufende und zukünftige Initiativen und Zielsetzungen der Landesbeauftragten.

2 Rahmenbedingungen für die Tätigkeit der Landesbeauftragten

Die Landesbeauftragte ist organisatorisch als Stabsstelle bei dem jeweiligen Senatsmitglied für Soziales angesiedelt, in diesem Berichtszeitraum also bei der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung (SenASGIVA), arbeitet jedoch ressortübergreifend und fachlich eigenständig und ist nur dem Gesetz unterworfen. Bei ihr sind auch die Geschäftsstelle des Landesbeirats für Menschen mit Behinderungen, die Geschäftsstelle des Fahrgastbeirats des Sonderfahrdienstes sowie die Geschäftsstelle der Konferenz der bezirklichen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen eingerichtet. Ab 02. Januar 2025 nimmt zudem die Schlichtungsstelle nach § 33 LGBG bei der Landesbeauftragten die Arbeit auf.

2.1 Personalsituation im Büro der Landesbeauftragten

Die Personalsituation im Büro der Landesbeauftragten blieb im Berichtszeitraum angespannt und war durch längere krankheitsbedingte Abwesenheiten, Elternzeiten sowie Wechsel von Stelleninhaberinnen und -inhabern geprägt. Seit November 2024 steht eine halbe Sekretariatsstelle zur Verfügung.

Das Büro der Landesbeauftragten setzt sich - neben der Landesbeauftragten selbst - zusammen aus:

- einer Büroleitung (Teilzeit), die gleichzeitig auch ständige stellvertretende Landesbeauftragte und Leitung der Geschäftsstelle des Landesbeirats für Menschen mit Behinderung ist,
- einer Referentin (Teilzeit),
- drei Mitarbeitenden (Vollzeit), von welchen ein Mitarbeiter anteilig auch Aufgaben der Geschäftsstelle des Landesbeirats übernimmt sowie
- einer halben Sekretariatsstelle.

Das Team wurde bis Mitte 2023 und wird erneut seit Mitte 2024 von jeweils einer Mitarbeiterin ergänzt, deren Teilzeitstelle über außerplanmäßige Personalmittel für Beschäftigte mit Schwerbehinderungen finanziert ist. Die Stelle steht befristet bis Mitte 2026 zur Verfügung.

Bei den für die Geschäftsstelle des Landesbeirats für Menschen mit Behinderungen seit dem Haushalt 2020/2021 eingerichteten zusätzlichen anderthalb Stellen für

eine/n Referentin oder Referent, welche erstmals zum Dezember 2020 besetzt wurden, waren erneut personelle Wechsel zu verzeichnen.

Die Aktivitäten im Bereich der Ausbildung wurden aufgrund der schwierigen Personalsituation reduziert, vom 02. Januar 2023 bis zum 21. März 2023, vom 26. Juni 2023 bis zum 29. September 2023 und vom 01. Dezember 2023 bis zum 07. März 2024 waren jeweils eine Praktikantin bzw. ein Praktikant im Rahmen eines Verwaltungslehrgangs tätig.

Der Bereich verfügt über sechs Büroräume sowie einen Besprechungsraum.

Um nach etwaigen Lösungen für die seit Jahren angespannten Personalsituation bei gleichzeitiger weiterer Verdichtung der Aufgaben und Themen zu suchen, wurde eine schwerpunktbezogene interne Organisationsentwicklung initiiert, die im Berichtszeitraum noch nicht abgeschlossen war.

2.2 Zusammenarbeit mit Externen

Das Büro der Landesbeauftragten ist weiterhin auf die Zusammenarbeit mit externen Expertinnen und Experten angewiesen. Der im Rahmen des Projektes „Blinden- und sehbehindertengerechte Gestaltung öffentlicher Räume“ anteilig mit Stiftungsmitteln finanzierte Architekt (75 Prozent) beim Allgemeinen Blinden- und Sehbehindertenverein Berlin gegr. 1874 e.V. übernahm im Berichtszeitraum in Bezug auf die Themen Verkehr, Tiefbau und Hochbau zahlreiche Aufgaben und stand der Landesbeauftragten und den bezirklichen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen beratend zur Verfügung.

Von den für die Anfertigung externer juristischer Gutachten verfügbaren Haushaltsmitteln im Rahmen der Koordinierungsfunktion zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) erteilte die LfB im Berichtszeitraum im Februar 2023 den Auftrag für ein Gutachten zum Thema: „Verbandsklagerecht nach dem neuen Berliner Landesgleichberechtigungsgesetz (LGBG) und die Umsetzungsmöglichkeiten für die klageberechtigten Vereine des Berliner Landesbeirats“. Auftragnehmer war Rechtsanwalt Dr. Michael Richter mit der rbm gemeinnützigen GmbH aus Berlin.

Im Zuge der Ausübung der Koordinierungsfunktion zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft nach § 23 Abs. 2 LGBG treten immer wieder auch Fragen zur Umsetzung der UN-BRK auf. Mit Bezug auf den Antrag 7/2023 des Berliner

Behindertenparlaments „Partizipationsstandards weiterentwickeln und harmonisieren: mehr Beteiligungsrechte für Menschen mit Behinderungen in Berlin (UN-Behindertenrechtskonvention)“ wurde im Herbst 2024 das Institut für Partizipation, Teilhabe und Selbstbestimmung mit der Erstellung eines Konzeptes zum Thema insbesondere auch unter dem Aspekt Rollenklärung beauftragt. Das Papier dient als eine interne Grundlage für die weitere Diskussion.

3 Die Ombudsfunktion der Landesbeauftragten

Nach § 23 Abs. 4 LGBG kann sich an den oder die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen wenden, wer der Ansicht ist, dass Rechte von Menschen mit Behinderungen im Land Berlin verletzt worden sind. Von der Landesbeauftragten wird die Ombudsfunktion dabei komplementär zu ihrer politischen Aufgabe gesehen. So lassen sich die eingehenden Unterstützungersuchen als Indikatoren für aktuelle behindertenpolitische Problemlagen betrachten und geben Hinweise auf grundsätzlich zu bearbeitende, strukturelle Themen und Regelungslücken. Auch können durch den systematischen Umgang mit den Anliegen Hinweise auf Rechtsumsetzungsprobleme gewonnen und durch die Landesbeauftragte entsprechend bearbeitet werden. Insgesamt stellen die im Rahmen der Ombudsfunktion eingegangenen Anfragen, auch wenn diese nicht repräsentativ sind, eine wichtige Ergänzung zur politischen Funktion dar und verdeutlichen, dass trotz anderer Beratungsangebote die Ombudsfunktion ihre Berechtigung hat.

Die Zahl der Anfragen mit längerer Bearbeitungszeit hat sich auf etwa 400 bis 450 Anfragen pro Jahr eingependelt. 2023 wurden 447 Anfragen bearbeitet, 2024 waren es 401 Anfragen. Hinzu kamen täglich im Durchschnitt zwischen drei und zehn Auskunfts- und Unterstützungersuchen, die vornehmlich telefonisch an das Büro der Landesbeauftragten gerichtet wurden und nicht zu dokumentierten Vorgängen führten.

Im Jahr 2023 kamen auch rund 90, im Jahr 2024 rund 40 Vorgänge im Büro der Landesbeauftragten an, die jedoch eigentlich direkt an das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) gerichtet waren, fast die Hälfte oder mehr davon per Fax. Hintergrund scheint zu sein, dass auf der Webseite des LAGeSo die Kontaktdaten nicht auf der Startseite ersichtlich sind bzw. dass das LAGeSo mittlerweile keine Faxnummer mehr veröffentlicht. Gespräche, die von Seiten des

Büros der Landesbeauftragten dazu mit dem LAGeSo geführt wurden, blieben im Berichtszeitraum ohne Ergebnis.

Trotz zunehmender Kommunikation per E-Mail ist das Telefon für Menschen, die nicht über andere Kommunikationswege verfügen oder diese aufgrund ihrer Behinderung nicht bedienen können, oft die einzige Möglichkeit, ihr Anliegen vorzutragen. Auch das Fax wird vereinzelt noch genutzt.

Problematisch ist nach wie vor die Tatsache, dass mit den gesetzlich vorgesehenen Interventionsmöglichkeiten der Landesbeauftragten die Erwartungen der Anfragenden nicht in jedem Fall erfüllt werden können. So muss immer wieder darauf hingewiesen werden, dass die Landesbeauftragte nicht für die Behindertenpolitik des Senats verantwortlich ist. Auch das Fehlen eines Weisungsrechts gegenüber anderen öffentlichen Stellen und Behörden sowie die Frage der Zuständigkeit führt zwangsläufig trotz allem Engagement der Mitarbeitenden des Büros hin und wieder zu Enttäuschungen bei den Bürgerinnen und Bürgern. Die längerfristige politische Bearbeitung der Anliegen stellt Personen, die sich häufig in einer sehr schwierigen Lage befinden, nicht zufrieden, eine Sichtweise, welche die Landesbeauftragte teilt. Daran zeigt sich, dass die Ombudsfunktion nur dann effektiv sein kann, wenn sie durch entsprechende Befugnisse unterlegt ist. Dies ist derzeit jedoch nicht hinreichend gegeben.

3.1 Die Anfragen nach Sachgebieten

Anders als in den Vorjahren spielten unter quantitativen Gesichtspunkten Anfragen zur Corona-Pandemie im Berichtszeitraum keine Rolle mehr. Es dominierten – wie bereits in der Vergangenheit – Anfragen zu Barrieren bei der Mobilität, zu Problemen mit Behörden (insbesondere dem LAGeSo), zum Wohnen, zur Arbeit und Ausbildung, zur inklusiven Bildung, zur Barrierefreiheit und zu Nachteilsausgleichen bei der Freizeit und Kultur sowie zum Bereich Gesundheit und Pflege. Im Jahr 2023 war darüber hinaus eine nennenswerte Anzahl von Anfragen zur Problemen bei der barrierefreien Zugänglichkeit des Bankwesens zu verzeichnen, 2024 hingegen gab es dazu keine Eingaben mehr.

Tabelle 1: Bürgeranfragen nach Sachgebieten ohne Einzelthemen

Thema	2023	2024
Mobilität	114	96
Behörden	69	101
Wohnen	60	45
Arbeit und Ausbildung	42	39
Bildung und Schule	28	16
Freizeit und Kultur	26	29
Gesundheit und Pflege	21	9
Bankwesen	10	-

Mobilität

Die Eingaben zum Thema Mobilität umfassten, wie auch in den Vorjahren, ein vielfältiges Themenspektrum, welches von Problemen mit der Barrierefreiheit im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und Schienenpersonennahverkehr (SPNV) einschließlich kaputter Aufzüge, Problemen mit dem Sonderfahrdienst / WirMobil oder dem Taxikonto, Streitigkeiten mit den Bezirken bei der Gewährung von Parkerleichterungen für Menschen mit Behinderungen sowie der schwierigen Parkplatzsituation in Berlin insgesamt bis hin zu Problemen mit dem Mobilitätsservice am Flughafen BER reichte. Auch die Schwierigkeiten beim Führerscheinumtausch mit dem Landesamt für Bürger-und Ordnungsangelegenheiten (LABO) bestanden vereinzelt noch. Neu hinzugekommen im Berichtszeitraum sind Anfragen zu Problemen mit den Nachweisen von Berechtigungen für das Berlin-Ticket S.

Behörden einschließlich Anerkennung einer Schwerbehinderung

Diese Anfragen betrafen zu überwiegenden Anteilen Probleme, welche mit dem beim LAGeSo angesiedelten Versorgungsamt hinsichtlich der Anerkennung einer Schwerbehinderung bestanden. In vielen Fällen konnte durch den direkten Arbeitskontakt zum Qualitätsmanagement des LAGeSo für Aufklärung gesorgt werden. Ein Sachverhalt, der auch als Folge der Corona-Pandemie neu hinzugekommen und bislang nicht gelöst ist, ist die Anerkennung und Gewährung eines Grades der Behinderung bei postviralem Syndrom (vgl. Kapitel 5.4).

Bürgerinnen und Bürger baten auch um Unterstützung bei der Beantragung von Leistungen bei den Bezirksämtern, insbesondere den Teilhabefachdiensten und Sozialämtern sowie dem LABO, Jobcenter oder der Agentur für Arbeit. Zum Teil bezogen sich die Anfragen auch auf ungeklärte Zuständigkeiten innerhalb der Berliner Verwaltung.

Wohnen

Bei diesem Themenfeld dominieren nach wie vor Anfragen nach barrierefreiem oder uneingeschränkt mit dem Rollstuhl nutzbaren Wohnraum, zu denen die Ratsuchenden leider nur weiter verwiesen werden können. Auch die Probleme in bestehenden Mietverhältnissen, insbesondere bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften, blieben weiterhin bestehen, etwa Aufzugausfälle, Rückbauverpflichtungen sowie fehlende Abstellmöglichkeiten für Hilfsmittel. Ein weiterer Anteil der Anfragen betraf das Wohnen im Rahmen der Eingliederungshilfe, dabei ging es zum einen um verschiedene Problemlage bei genutzten Leistungsangeboten, andererseits um die Suche nach geeigneten Leistungserbringern und Unterstützungsformen beim Wohnen.

Arbeit und Ausbildung

Eingaben zu Arbeit und Ausbildung umfassten ein sehr breites Themenspektrum, von wahrgenommener Diskriminierung in Bewerbungsverfahren und am Arbeitsplatz über Probleme mit der Bewilligung und Organisation von Arbeitsassistenz bis hin zu grundsätzlichen Fragen zur Arbeitssituation von Menschen mit Behinderungen in der Berliner Verwaltung. Auch Beschäftigte aus Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (WfbM) meldeten sich, unter anderem mit dem Wunsch nach Unterstützung beim Wechsel auf den ersten Arbeitsmarkt.

Bildung und Schule

Anfragen zum Bereich Schule betrafen Unterstützungsersuchen bei wahrgenommener Diskriminierung sowie bei der Suche nach geeigneten Schulplätzen an Regelschulen ebenso wie Problemanzeigen bei der Zumessung von Schulhelferstunden und der Beantragung von Schulassistenz nach § 112 SGB IX. Auch gab es mehrere Fälle, in denen dargelegt wurde, dass der bestehende Pflegebedarf dazu führe, dass Kinder nicht gleichberechtigt am Unterricht teilhaben können. Vereinzelt bestanden auch Probleme bei der Schülerbeförderung.

Freizeit und Kultur

Bei diesem Sachgebiet dominierten Fragen der mangelnden Barrierefreiheit und Probleme beim Erwerb von Tickets für Veranstaltungen. Es wirken sich hier mangelnde gesetzliche Vorgaben zur Barrierefreiheit aus. Des Weiteren wurden verschiedene Probleme mit den Berliner Bäderbetrieben an das Büro der Landesbeauftragten herangetragen.

Weitere Anfragen

Weitere Anfragen betrafen den Bereich Gesundheit und Pflege, etwa die Gewährung von Pflegegraden, Leistungen durch Krankenkassen sowie die medizinische Versorgung einschließlich der wahrgenommenen Diskriminierung durch Gesundheitspersonal. 2023 gab es auch eine nennenswerte Zahl an Eingaben zur mangelnden Barrierefreiheit von Bankfilialen, Bankautomaten sowie zur Durchführung von Überweisungs- und weiteren Buchungsvorgängen. Einzelne Eingaben gab es zu den Themen Barrierefreiheit, Persönliche Assistenz, Bauen, Ehrenamt, Rechtliche Betreuung, Rechtsauskunft sowie zur Berliner Stadtreinigung.

3.2 Sprechstunde für Bürgerinnen und Bürger

Im Abstand von ca. 4 bis 6 Wochen bot die Landesbeauftragte auch im Berichtszeitraum eine Sprechstunde an, um im Falle persönlicher Gesprächsbedarfe unterstützend tätig werden zu können. Die Mehrzahl der Anmeldungen für die Sprechstunde sind Folge des telefonischen Kontakts oder Kontakts per E-Mail zum Büro der Landesbeauftragten. Die Sprechstunden werden auch auf der Webseite angekündigt, zur Vermeidung von Wartezeiten erfolgt eine feste Terminvergabe. Die Termine fanden je nach Wunsch der Bürgerinnen und Bürger in Präsenz, per Telefon oder als Videokonferenz statt.

Inhaltlich waren in der Sprechstunde ähnliche Themen wie auch in den schriftlich oder telefonisch vorgebrachten Anfragen vertreten. Die Sprechstunden werden zudem von Personen, Organisationen oder Vereinen genutzt, die sich für Menschen mit Behinderungen engagieren und der LfB ihre Arbeit vorstellen wollen, aber auch eine Einschätzung ihrer Vorhaben sowie Unterstützung wünschen, z.B. für die Beantragung von Fördermitteln oder die barrierefreie Gestaltung ihrer Angebote.

4 Gremien, Gesprächstermine und Arbeitsgruppen

Auch während dieses Berichtszeitraum lag ein Schwerpunkt der Tätigkeit der Landesbeauftragten in der Mitarbeit in den unterschiedlichen Landesprogrammen, -kommissionen, -beiräten und anderen Gremien. Dies bindet mittlerweile den Großteil der zeitlichen und damit auch personellen Ressourcen; eine Teilnahme an allen Gremien ist dennoch nicht annähernd leistbar. Hintergrund für die verstärkten zeitlichen Anforderungen über Gremienarbeit sind zum einen die bessere Umsetzung der rechtlichen Verpflichtung zur frühzeitigen Beteiligung, zum anderen wurden aber auch zahlreiche Gremien oder Arbeitsgruppen zusätzlich einberufen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit waren die Landesbeauftragte oder ihr Büro zusätzlich zu den Arbeitsgruppen Menschen mit Behinderungen in den Senatsverwaltungen (vgl. Kapitel 4.4) in den folgenden Gremienaktiv:

- Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut (SenBJF)
- Fachbeirat Inklusion (SenBJF)
- Landesbeirat Schulbau (SenBJF)
- Landesjugendhilfeausschuss (SenBJF)
- Berliner Teilhabebeirat (SenASGIVA)
- Ausschuss nach § 103 SGB IX / Beratender Ausschuss beim LAGeSo (LAGeSo)
- Werkstatt Sozialraumorientierung (SenASGIVA)
- Förderbeirat zum Partizipationsfonds (SenASGIVA)
- Netzwerk Vielfalt und Chancengleichheit (SenASGIVA)
- Vorbereitungsgremium für Strategiekonferenz Eingliederungshilfe (SenASGIVA)
- Gremium Fußverkehr (SenMVKU)
- Gremium FahrRat (SenMVKU)
- Workshops zum Thema Mobilität: Alternative Barrierefreie Beförderung bzw. Muva, Fahrgastinformation akustisch, Weiterentwicklung Nahverkehrsplan (BVG, SenMVKU)
- Gemeinsames Landesgremium nach § 90 a SGB V (SenWGP)
- Forum Vorsorge und Versorgung von Menschen mit Behinderungen am Lebensende (SenWGP)

- Sitzungen des Weltspielekomitees (SenInnSport, Special Olympics)
- Fachbeirat der Berliner unabhängigen Beschwerdestelle (BuBS)
- AG Frauen mit Behinderungen (Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen e.V.)

Die LfB ist zudem auf Grundlage der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 als stimmberechtigtes Mitglied des Berliner Begleitausschusses seit der Förderperiode 2014 berufen und wirkt daran sowie nach Möglichkeit an den AK ESF und EFRE auch für die Förderperiode 2021 - 2027 mit; im Berichtszeitraum war eine persönliche Teilnahme aufgrund der personellen Ressourcen allerdings nicht möglich.

4.1 Jour Fixe mit der für Soziales zuständigen Senatsverwaltung

Auch wenn Behindertenpolitik seit 1987 mit dem Beschluss zum Senatsprogramm „Behindertenfreundliches Berlin“ als Querschnittsaufgabe definiert ist und diese Maßgabe mit Inkrafttreten der UN-BRK und dem Artikelgesetz zu deren Umsetzung – Artikel 1 LGBG – nochmal gestärkt wurde, besteht traditionell eine inhaltliche Nähe und enge Zusammenarbeit zwischen der für Soziales zuständigen Senatsverwaltung und der LfB. Die fachlich eigenständige und ressortübergreifende Tätigkeit der Landesbeauftragten bleibt dabei erhalten.

Um den Informationsfluss zu gewährleisten, wurde der bereits unter den Vorgängern bestehende 14-tägige Jour fixe zwischen dem für die Inklusion von Menschen mit Behinderungen zuständigen Referat III B und der LfB weitergeführt. Seit 2022 nimmt auch der Referatsleiter nach Möglichkeit an diesem Termin teil. Dies bietet die Möglichkeit, frühzeitig alle relevanten Themen und Vorgänge zu besprechen und gegenseitige Positionierungen auszutauschen. Zudem nimmt die LfB an der wöchentlichen Leitungskonferenz des Hauses zur Vorbereitung u.a. der Senatsitzungen und parlamentarischen Sitzungen teil und hat regelmäßige Gesprächstermine mit der Hausleitung von SenASGIVA.

4.2 Jour Fixe mit der LADG-Ombudsstelle

Der in der Regel quartalsweise stattfindende Austausch mit der LADG-Ombudsstelle wurde auch im Berichtszeitraum fortgesetzt. Aus dem Büro der LfB nahm neben der Landesbeauftragten auch die für die Bearbeitung von Bürgeranfragen zuständige Mitarbeiterin sowie anlassbezogen weitere Kolleginnen oder Kollegen teil. Über den

Jour Fixe hinaus gibt es einen sehr guten Arbeitskontakt zur LADG-Ombudsstelle und auch die Möglichkeit des ad hoc-Austausches zu spezifischen Themen.

Im Berichtszeitraum längerfristig bearbeitete Themen waren insbesondere die mangelnde Barrierefreiheit von sogenannten Parktoiletten, die Nichtbeschulung oder verkürzte Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen sowie Probleme bei der Schulplatzvergabe, die Wohnungsvergabep Praxis kommunaler Wohnungsunternehmen, der Umgang von Busfahrerinnen und -fahrern mit rollstuhlnutzenden Fahrgästen, die Barrierefreiheit von Wahllokalen, die Gestaltung von Gehwegvorstreckungen zur sicheren Straßenquerung sowie das Diskriminierungspotenzial von Verwaltungsdienstleistungen. Sowohl im Büro der Landesbeauftragten als auch bei der LADG-Ombudsstelle gab es dazu eingegangene Beschwerden.

Bei den sogenannten Parktoiletten handelt es sich um kostenlose Trockentoiletten, die den Bürgerinnen und Bürgern an 24 Standorten berlinweit zur Verfügung stehen. Ursprünglich als Pilotprojekt geplant, wurde die Nutzungsdauer um zwei Jahre bis März 2026 verlängert. Da die Toiletten allerdings nicht barrierefrei sind und auch den bestehenden DIN-Normen nicht entsprechen, können sie nicht von allen Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt genutzt werden. Zahlreiche Aktivitäten sowohl der LADG-Ombudsstelle als auch der LfB in diesem Zusammenhang führten zu keiner Änderung des Angebots, so dass die Landesbeauftragte fordert, bei der Neuausschreibung die Barrierefreiheit frühzeitig und umfassend in der Leistungsbeschreibung zu verankern, um einen weiteren Verstoß gegen LGBG und eine Diskriminierung im Sinne des LADG abzuwenden.

4.3 Ressortübergreifende AG zur Umsetzung LGBG

Die durch den Focal Point organisierte ressortübergreifende AG zur Umsetzung des LGBG traf sich im Berichtszeitraum drei Mal jährlich, insgesamt also an sechs Terminen.

Dabei wurde regelmäßig über den Umsetzungsstand des LGBG, insbesondere zum Partizipationsfonds, zur Landesfachstelle für Barrierefreiheit, zur Schlichtungsstelle, zum Berliner Teilhabebericht sowie zum Aktions- und Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-BRK berichtet. Auch der Stand der Einrichtung von

Koordinierungsstellen bei den Senatsverwaltungen sowie die Umsetzung der Arbeitsgruppen „Menschen mit Behinderungen“ war Thema der Sitzungen.

Darüber hinaus berichtet die Monitoring-Stelle UN-BRK des Deutschen Instituts für Menschenrechte über das Verfahren sowie die Ergebnisse der kombinierten zweiten und dritten Staatenberichtsprüfung zur Umsetzung der UN-BRK, welche im September 2023 in Genf stattfand.

4.4 Arbeitsgruppen „Menschen mit Behinderungen“

Die Arbeitsgruppen „Menschen mit Behinderungen“ sind nach § 19 Abs. 1 LGBG in allen Senatsverwaltungen für den gesamten Geschäftsbereich verbindlich einzurichten. Die Arbeitsgruppen dienen der Verpflichtung frühzeitiger Partizipation, der Qualitätssteigerung von gesetzlichen und untergesetzlichen Regelungen und Konzeptionen schon im Entwurfsstadium sowie der Bewusstseinsbildung innerhalb der Verwaltung. Die LfB nimmt grundsätzlich an allen Arbeitsgruppen teil, im Falle von Urlaub oder sonstiger Abwesenheit lässt sie sich von Mitarbeitenden ihres Büros vertreten.

Im Berichtszeitraum traf sich die überwiegende Zahl der Arbeitsgruppen „Menschen mit Behinderungen“ zwischen zwei und sechs Mal jährlich. Am häufigsten tagten die Arbeitsgruppe der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt sowie der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen. Die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege richtete erst im Jahr 2024 wieder eine Arbeitsgruppe ein, die Arbeitsgruppe der Senatskanzlei hat seit März 2024 keine Treffen mehr terminiert. Die Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt sagte im Jahr 2023 alle Termine der Arbeitsgruppe ab.

Ein Teil der Arbeitsgruppen (SenBJF, SenASGIVA, SenWiEnBe) hat sich mittlerweile Geschäftsordnungen gegeben, bei der Mehrheit der Arbeitsgruppen ist der Diskussionsprozess aber nach wie vor noch nicht abgeschlossen, trotz der bestehenden Mustergeschäftsordnung. Einer Verabschiedung steht u.a. der Wunsch einer Aufwandsentschädigung in Form eines Sitzungsgeldes entgegen. Das LGBG gibt dafür jedoch keine rechtliche Grundlage vor, so dass ein Sitzungsgeld zurzeit nicht gezahlt werden kann. Hier bedarf es aus der Sicht der LfB dringend einer Lösung.

Die Qualitätsunterschiede zwischen den einzelnen Arbeitsgruppen waren trotz der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der durch das LGBG formulierten Mindestanforderungen nach wie vor sehr groß. Es zeigte sich, dass die Verortung der AG im Hause, die Ausgestaltung der Koordinierungsstelle als Teil des Leitungsbereiches sowie die personelle Kontinuität Gelingensfaktoren für eine gute Qualität der über die Arbeitsgruppen erreichten Partizipation waren.

Als besonders positiv schätzt die LfB für den Berichtszeitraum die Ausgestaltung und Arbeitsweise der AG Menschen mit Behinderungen bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie ein. Nicht nur gibt es dort eine Koordinierungsstelle zur Umsetzung des LGBG, die ausschließlich mit dieser Aufgabe betraut und im Leitungsbereich angesiedelt ist, sondern es haben sich vor allem auch durch das Engagement der Interessenvertretungen aus dem Landesbeirat gemeinsame Verfahrensweisen etabliert, die frühzeitige Partizipation ermöglichen. Die Arbeitsgruppe verfügt über eine im März 2023 beschlossene Geschäftsordnung. Weiterhin besteht eine Vorhaben- und Arbeitsplanung, über die ersichtlich wird, welche Vorhaben innerhalb der Senatsverwaltung in einem bestimmten Zeitraum geplant sind und inwiefern die Arbeitsgruppe an diesen beteiligt wird. Die Sitzungen werden grundsätzlich durch die Staatssekretärsbene geleitet. Für viele Vorhaben gibt es Sondertermine in Form eines sogenannten Fachaustausches, um vor einer schriftlich eingereichten Stellungnahme in den Dialog treten zu können.

4.5 Konferenz der bezirklichen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen

In der Konferenz der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen kommt die LfB mit den bezirklichen Beauftragten zu einem monatlichen, mehrstündigen Jour fixe zusammen, wie es im Geschäftsverteilungsplan des Senates von Berlin verankert ist. Die Konferenz dient dem inhaltlichen Austausch sowie der strategischen Abstimmung bei Themen von gesamtstädtischer Bedeutung.

Die Geschäftsstelle der Konferenz ist beim Büro der LfB angesiedelt und übernimmt die anfallenden kommunikativen, organisatorischen und koordinierenden Aufgaben zur Vor- und Nachbereitung der Sitzungen. An den Sitzungen nimmt regelmäßig auch die Vorsitzende des Landesbeirats für Menschen mit Behinderungen oder eine ihrer Stellvertretungen teil. Die Sitzungen finden meist als Videokonferenz oder im Hybrid-Format statt, einmal im Quartal in Präsenz. Durch die Personalsituation im

Büro der LfB nahmen in erster Linie nur noch die LfB selbst sowie die für die Organisation und Protokollierung der Sitzungen zuständige Mitarbeiterin teil.

Zur festen Tagesordnung der Konferenz gehören:

- ein Schwerpunktthema zu landesweiten bzw. bezirksübergreifenden Fragen und ggf. deren kontinuierliche Verfolgung,
- Wiedervorlagen zu Themen, die einer längerfristigen Bearbeitung bedürfen (zum Teil behandelt in einem monatlichen Extra-Termin ohne Beteiligung der LfB),
- der bezirkliche Austausch von Informationen zum aktuellen Geschehen, zu auftretenden Problemfällen und übergreifenden Themen,
- sowie der aktuelle Bericht der LfB u.a. zu gesetzlichen und untergesetzlichen Änderungen sowie Informationen aus dem Landesbeirat.

Themenabhängig werden vor allem zu den Schwerpunktthemen zuständige Mitarbeitende von Verwaltungsbereichen, verschiedenste Expertinnen und Experten sowie Mitglieder des Abgeordnetenhauses als Gäste eingeladen.

Die Konferenz der Berliner Beauftragten beschäftigte sich im Berichtszeitraum mit folgenden Schwerpunktthemen:

- Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes insbesondere mit Blick auf das Bedarfsermittlungsinstrument TIB, teilhabeorientiertes Sozialraummanagement sowie Verfahrenslotsen in den Jugendämtern
- Umsetzung des LGBG insbesondere mit Blick auf Aktionspläne zur Umsetzung der UN-BRK auf kommunaler Ebene, Normenprüfung bei Gesetzgebungsverfahren sowie die Ausgestaltung und Rolle der Koordinierungsstellen zur Umsetzung der UN-BRK in den Bezirken
- Verwaltungsreform, Leitlinien der Bürgerbeteiligung, digitale Barrierefreiheit in der Verwaltung sowie Bürgerämter und Bürgeramtskoffer
- Jugendberufsagentur
- inklusive Erwachsenenbildung
- barrierefreies Bauen und bezirkliche Bausachverständige für Barrierefreiheit
- Mobilitätswende, insbesondere Kiezblocks
- Gewaltschutz von Menschen mit Behinderungen

Zudem wurden auch die Zusammenarbeit und Arbeitsweise der Konferenz selbst sowie gute Praxis aus den Bezirksbeiräten für Menschen mit Behinderungen thematisiert. Die Konferenz entsendet Vertretungen in alle Arbeitsgruppen Menschen mit Behinderungen.

Im September 2023 versandte die Konferenz ein Schreiben an alle Bezirksbürgermeisterinnen und -bürgermeister, in dem sie auf die fehlenden Ressourcen der bezirklichen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen für die Erfüllung ihrer Aufgaben aufmerksam machte und darum bat, innerhalb der Bezirke ausreichende Ressourcen für die Aufgabenerfüllung und Umsetzung des LGBG bereitzustellen. Im Januar 2024 wandte sich die LfB mit einem Schreiben an die Serviceeinheit Personal und Finanzen im Bezirksamt Treptow-Köpenick, da von dort im Zuge der Stellenausschreibung für die nach § 21 Abs. 1 LGBG vorgesehene bezirkliche Koordinierungsstelle eine Beschreibung des Aufgabenkreises vorgenommen worden und die Anfrage nach einer Musterbewertung an die Senatsverwaltung für Finanzen gegangen war. Sie äußerte sich darin zu der organisatorischen Einordnung des Aufgabenkreises, zur Beschreibung des Arbeitsgebiets nach dem geltenden Geschäftsverteilungsplan, zu benötigten Fachkenntnissen und Fähigkeiten sowie zu terminologischen Einzelheiten. Während des Berichtszeitraums waren die Besetzungen der Koordinierungsstellen in weniger als der Hälfte der Bezirke vollzogen.

4.6 Zusammenarbeit mit dem Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen

Der Landesbeirat ist das wichtigste Beratungsgremium, welches nach § 26 LGBG die Landesbeauftragte in allen Fragen, die die Belange von Menschen mit Behinderungen berühren, berät und unterstützt. Zugleich verkörpert er die wichtigste zivilgesellschaftliche Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen in Berlin. In den gemeinsamen Sitzungen werden bestehende rechtliche, politische und gesellschaftliche Mängel diskutiert und Lösungsvorschläge erarbeitet. Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Die Geschäftsstelle des Landesbeirats ist beim Büro der LfB angesiedelt und übernimmt die anfallenden kommunikativen, organisatorischen und koordinierenden Aufgaben zur Vor- und Nachbereitung der Sitzungen. Der Landesbeirat hat gemäß § 26 LGBG auch ein Beratungsrecht gegenüber dem Senat.

Während des Berichtszeitraums fanden zwölf reguläre Sitzungen des Landesbeirats statt. Schwerpunktthemen, die in den Sitzungen behandelt wurden, waren die Umsetzung des LGBG, die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, das Projekt Alternative Barrierefreie Beförderung (Muva) der BVG, die Auswertung des Koalitionsvertrags 2023 - 2026 sowie mehrere Gespräche mit der Hausleitung von SenASGIVA, ein Austausch mit dem bau- und inklusionspolitischen Sprecherinnen und Sprechern des Abgeordnetenhauses, die Abschließenden Bemerkungen zur kombinierten zweiten und dritten Staatenprüfung 2023, ein Austausch mit dem Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen in Brandenburg sowie die Vorstellung eines Rechtsgutachtens zum Verbandsklagerecht.

Folgende Resolutionen und Stellungnahme beschloss der Landesbeirat im Berichtszeitraum:

- Resolution an Senator Gaebler zur Bauordnung (Mai 2023)
- Resolution Gebärdensprachdolmetschendenzentrale (Mai 2023)
- Stellungnahme WTG / WTG - Mitwirkungsverordnung (November 2023)
- Sparvorhaben nicht auf Kosten chronisch kranker und behinderter Kinder. Schulischen Förderschwerpunkt körperlich-motorische Entwicklung fachlich und medizinisch bedarfsgerecht vergeben (März 2024)
- Stellungnahme Therapiebäderplätze in Berlin (August 2024)
- Stellungnahme der Interessenvertretung der Leistungsberechtigten im Land Berlin zu den aktuellen Verhandlungen von Land und LIGA zum Berliner Rahmenvertrag (September 2024)
- Stellungnahme Fachliche Weisung Persönliche Assistenz (November 2024)

Hinzu kamen Stellungnahmen, die von den vom Landesbeirat entsandten Interessenvertretungen in den Arbeitsgruppen Menschen mit Behinderungen gemeinsam mit der LfB abgegeben wurden (vgl. Kapitel 4.4).

Den Vorsitz des Landesbeirats hatte weiterhin Frau Kathrin Geyer inne, die bei ihrer Arbeit durch ein vierköpfiges Vorsitzendenteam unterstützt wurde.

Im Berichtszeitraum wurde die ehrenamtliche Arbeit des Landesbeirats immer wieder durch die unzureichende Barrierefreiheit behindert. Immer wieder musste um die Bereitstellung von barrierefreien Dokumenten gebeten werden, obwohl dafür die rechtlichen Grundlagen in der Verwaltung bekannt sein müssten.

Zudem wurde die Bereitstellung von Gebärdensprachdolmetschenden zunehmend schwieriger und deutlich zeitaufwändiger. Teilweise mussten sogar Sitzungen abgesagt werden, da keine Dolmetschenden zur Verfügung standen. Auch die Nutzung barrierefreier Räumlichkeiten, welche z.B. eine Ausstattung mit technischen Kommunikationshilfen für hörgeschädigte Menschen beinhalten oder eine barrierefreie Plattform für Videokonferenzen fehlen dem Landesbeirat.

4.7 Fahrgastbeirat zum Sonderfahrdienst für Menschen mit Behinderungen

Beim Büro der oder des LfB ist nach der „Verordnung zur Vorhaltung eines besonderen Fahrdienstes (Sonderfahrdienst)“ ein Fahrgastbeirat einzurichten. Die 2011 beschlossene Geschäftsordnung regelt Näheres zur Zusammensetzung und den Verfahren. Gemäß dieser umfasst der Beirat als stimmberechtigte Mitglieder zehn Nutzende des Sonderfahrdienstes sowie als nicht stimmberechtigte Mitglieder Vertretungen der Fuhrunternehmen, des Regiebetreibers, der für Soziales zuständigen Senatsverwaltung und des Landesamts für Gesundheit und Soziales sowie die LfB.

Die beim Büro der LfB angesiedelte Geschäftsstelle übernimmt die Organisation, Einladungen und die Protokollführung. Die Sitzungen werden von einem stimmberechtigten Mitglied des Fahrgastbeirats geleitet. In der Regel tagt der Fahrgastbeirat alle zwei Monate, im Berichtszeitraum insgesamt elf Mal.

Wesentliche Schwerpunktthemen im Berichtszeitraum waren die Gestaltung von Fahrten mit nonverbal kommunizierenden Personen, Inklusionstaxis, Beschwerden in konkreten Fällen und Einzelprobleme, die Vertragsverlängerung mit dem derzeitigen Regiebetreiber, ein von SenASGIVA geplantes Forschungsvorhaben zur Weiterentwicklung des Sonderfahrdienstes, die Beantwortung von Fragen zur Organisation der Dienstleistungen durch den Betreiber sowie der aktuelle Stand der Beförderungsbestimmungen.

Eine Sitzung mit der Hausleitung fand im Juli 2024 statt. Dabei wurde eine mögliche Neufassung der Verordnung über die Vorhaltung eines besonderen Fahrdienstes sowie die Angleichung der Kosten, die für die jeweiligen Nutzenden für den ÖPNV und den SFD entstehen (einschließlich Eigenbeteiligung, Stornokosten sowie Zuzahlungen zum Taxikonto) besprochen.

4.8 Berliner Behindertenparlament

Seit 2021 hat Berlin auf Initiative von Christian Specht hin ein sogenanntes Behindertenparlament. Die Idee stammt ursprünglich aus Bremen, wo es ein solches schon seit 1995 gibt. Das Berliner Behindertenparlament vertritt die Interessen von Menschen mit Behinderungen im Land Berlin gegenüber der Politik sowie Behörden und Institutionen.

Fokusgruppen erarbeiten zwischen der Kick-Off-Veranstaltung im Mai und dem Parlamentstag im Dezember Anträge zu bestimmten Themenfeldern. Am Parlamentstag selbst werden die Anträge diskutiert und abgestimmt und sodann an die zuständigen Senatsverwaltungen mit der Forderung nach Umsetzung übergeben. Die Antworten auf die Anträge kann man auf der Webseite des Parlaments nachlesen. Das Parlament wird von Initiativen und Vereinen sowie einzelnen Akteuren mitorganisiert und verfügt über eine Geschäftsstelle. Die Finanzierung ist bislang nicht regelhaft abgesichert.

Es gehört mittlerweile schon fast zur Tradition, dass auch die LfB bei der Kick-Off-Veranstaltung und /oder am Parlamentstag teilnimmt und ein kurzes Grußwort oder einen fachlichen Input beiträgt. Im Berichtszeitraum nahm sie bei der Kick-Off-Veranstaltung 2023 an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Politik in Berlin inklusiv gestalten“ teil und äußerte sich am Parlamentstag zum Thema Partizipation im Kontext der UN-BRK. 2024 gab die Landesbeauftragte bei der Kick-Off-Veranstaltung einen Impulsvortrag zur Frage „Wie wird Inklusion weiter umgesetzt?“ und am Parlamentstag sprach sie darüber, wie sie als Landesbeauftragte die Anliegen des Behindertenparlaments konkret unterstützen könne.

Das Berliner Behindertenparlament stellt eine wichtige Ergänzung der in Berlin über das LGBG institutionell festgeschriebenen Partizipationsformen dar. Es können also auch Einzelpersonen ohne Vereins- oder Verbandsmitgliedschaft behindertenpolitisch mitwirken und die Zugangshürden sind daher nicht so hoch wie bei den formal bestehenden Gremien. Das Behindertenparlament kann und soll die bestehenden Gremien jedoch nicht ersetzen.

4.9 Meinungsaustausch mit den Berliner Werkstatträten

Der mit einer kurzen Unterbrechung seit 2011 bestehende und zweimal jährlich stattfindende Meinungsaustausch mit dem Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft

Berliner Werkstattträte wurde weiterhin fortgesetzt. Die Landesarbeitsgemeinschaft vertritt die Interessen von etwa 8.700 Beschäftigten in 17 Werkstätten für behinderte Menschen in Berlin.

Ein Gegenstand des Austausches war erneut die aufgrund der Trennung von Grund- und Fachleistung entstandene Problematik beim Abrechnen des Mittagessens, insbesondere auf Außenarbeitsplätzen, in vielen Bezirken. Weitere Themen waren die Situation im Berufsbildungsbereich und die Forderung der Werkstattträte, die dort absolvierte berufliche Qualifizierung auch offiziell anzuerkennen und die Mitarbeit der Landesarbeitsgemeinschaft beim Berliner Behindertenparlament sowie im Berliner Teilhabebeirat und bei Werkstattträte Deutschland e.V..

4.10 Konferenz der Beauftragten von Bund und Ländern für Menschen mit Behinderungen

Zweimal jährlich finden Treffen der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen von Bund und Ländern sowie des Bürgerbeauftragten von Mecklenburg-Vorpommern statt. In der Regel nehmen daran auch Vertretungen der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation sowie des Deutschen Instituts für Menschenrechte teil. Die Bundesländer sowie der Bund laden im Wechsel zu den Treffen ein. Seit Mai 2017 gibt es eine gemeinsam beschlossene Geschäftsordnung, welche den Namen „Konferenz der Beauftragten von Bund und Ländern für Menschen mit Behinderungen“ festlegt und die weitere Zusammenarbeit regelt.

Die Treffen dienen dem fachlichen Erfahrungs- und Meinungsaustausch zu aktuellen behindertenpolitischen Themen sowie der Vorbereitung und Abstimmung einer gemeinsamen Strategie bei der Verfolgung grundsätzlicher behindertenpolitischer Ziele. Ergänzend gibt es seit 2020 auch eine regelmäßige, in der Regel zweimonatlich durchgeführte Videokonferenz, welche dem länderübergreifenden Erfahrungsaustausch und der gemeinsamen Abstimmung dient. Seit November 2018 wird für den fachlichen Austausch zudem eine Cloud genutzt.

Die Geschäftsstelle wird von den Beauftragten abwechselnd geführt und gibt unter anderem anlassbezogene gemeinsame Pressemitteilungen heraus oder führt Abstimmungen unter den Beauftragten durch.

Darüber hinaus organisiert die Monitoring-Stelle UN-BRK des Deutschen Instituts für Menschenrechte ein jährliches Treffen für alle Beauftragten im Frühjahr sowie einen Fachtag für die Mitarbeitenden der Beauftragten im Herbst eines Jahres.

Die seit 2011 im Rahmen der Treffen der Konferenz der Beauftragten von Bund und Ländern verabschiedeten Erklärungen bieten die Möglichkeit, sich gemeinsam zu wichtigen behindertenpolitischen Themen zu positionieren. Die jeweiligen Erklärungen werden regelmäßig auch im Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen bekanntgegeben und auf der Internetseite der LfB veröffentlicht. Im Berichtszeitraum wurden die folgenden Erklärungen verabschiedet:

- Bad Nauheimer Erklärung vom 12. Mai 2023 „Mehr Inklusion im Gesundheits- und Pflegesystem gefordert“
- Potsdamer Erklärung vom 17. November 2023 „Mehr Inklusion im und durch Sport!“
- Stuttgarter Erklärung vom 12. April 2024 „15 Jahre nach Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention: Endlich konsequente Umsetzung!“
- Bremer Apell vom 15. November 2024 „30 Jahre Benachteiligungsverbot in der deutschen Verfassung: Die Vorgaben von Artikel 3 Absatz 3 Satz 2 Grundgesetz für die Transformation in eine inklusive Gesellschaft beachten!“

Zudem war die KBB zu Gast bei der am 24. und 25. Oktober 2024 in Leipzig stattfindenden Jahreskonferenz der Regierungschefs und Regierungschefinnen der Länder (MPK) und tauschte sich mit diesen und Fachverbänden für Menschen mit Behinderungen zu inklusionspolitischen Themen aus. Auf der Tagesordnung stand dabei insbesondere die Umsetzung der UN-BRK in den Bereichen Bildung, Arbeit, Fachkräfte, Wohnen und Gesundheit. Die LfB gestaltete den Impulsvortrag zum Thema Wohnen und brachte sich hier intensiv in die Vor- und Nachbereitung dieses Themas ein. Die dringendsten Handlungsbedarfe wurden durch die KBB in Form der Leipziger Erklärung vom 24. Oktober 2024 zusammengefasst. Die MPK fasste zu diesem Anlass einen Beschluss zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen¹, in welchem sich die Regierungschefs und Regierungschefinnen der Länder zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen bekannten, die Zusammenarbeit mit der KBB über die 2026 stattfindenden Fachministerkonferenzen hinaus betonten, die

¹ vgl. URL: <https://www.ministerpraesident.sachsen.de/ministerpraesident/MPK-TOP-1.pdf> [zuletzt abgerufen am 07. Juli 2025]

Förderung der aktiven Teilnahme von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt unterstrichen und die Bedeutung der Fachkräftestrategie hervorhoben. Zudem mahnten sie eine transparentere Finanzierung der Leistungen der Eingliederungshilfe an und riefen zur Reform des § 43 a SGB XI auf.

5 Initiativen und Zielsetzungen

Neben der Ombudsfunktion und Gremienarbeit ist der Arbeitsalltag der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen vor allem geprägt durch das Erstellen eigenständiger schriftlicher Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung nach § 17 Abs. 2 LGBG, ergänzt durch das Erarbeiten von Positionierungen im Rahmen von Mitzeichnungen gemäß § 10 Abs. 3 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Berliner Verwaltung – Besonderer Teil (GGO II). Auch dem Abgeordnetenhaus gegenüber nimmt sie auf Einladung hin themenspezifisch Stellung. Darüber organisiert sie federführend zwei Gremien zum Themenfeld des inklusiven Gesundheitswesens.

5.1 Stellungnahmen zu behindertenpolitisch relevanten Vorhaben des Senats

Diese Stellungnahmen werden teilweise auch gemeinsamen mit anderen Akteuren, insbesondere den Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsgruppen Menschen mit Behinderungen oder dem Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen abgegeben.

Im Berichtszeitraum wurden im Rahmen von § 17 Abs. 2 LGBG u.a. folgende Vorhaben geprüft bzw. Stellungnahmen dazu abgegeben:

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

- Änderung der Grundschulverordnung und der Sekundarstufe I-Verordnung (November 2024, keine inhaltlichen Anmerkungen)
- Ausführungsvorschriften über schulische Prüfungen (Juni 2024, keine inhaltlichen Anmerkungen)
- AV Befreiung von und Ruhen der Schulpflicht in der Sekundarstufe II im 11. Pflichtschuljahr (November 2024)
- Entwurf der Ausführungsvorschriften über die Befreiung von und das Ruhen der Schulpflicht in der Sek II (November 2024)

- Gesetz über die Kostenbeteiligungsfreiheit für die Jahrgangsstufe 3 in der ergänzenden Förderung und Betreuung (Januar 2023, keine inhaltlichen Anmerkungen)
- Handreichung zum Verfahren der Unterstützung von jungen MmB durch Schule (einschließlich Schule mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt) und Jugendämter (Juli 2023)
- Musterraumprogramm und Musterfreiflächenprogramm Neubauschulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung“ (August 2023)
- Rahmenlehrplan Fremdsprachen und Rahmenlehrplan für die gymnasiale Oberstufe Teil C Ukrainisch (Juli 2024, keine inhaltlichen Anmerkungen)
- Rahmenlehrpläne Deutsch und Mathematik - Jahrgangsstufen 1 - 10 (August 2023)
- Schulgesetz (Januar 2024)
- Sechste Verordnung zur Änderung von Vorschriften für berufliche Schulen im Land Berlin (Juni 2023)
- Sonderpädagogik-Verordnung (November 2024)
- Verordnung zur Änderung von Vorschriften für die beruflichen Schulen und der Sekundarstufe I (November 2024)
- Verordnung zur Änderung von Vorschriften für die beruflichen Schulen (November 2024)
- Verordnung zur Aufnahme in Schulen besonderer pädagogischer Prägung (November 2024, keine inhaltlichen Anmerkungen)
- Wahlen schulischer und überschulischer Gremien und Versammlungen nach dem Schulgesetz für das Land Berlin (Juli 2024)

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

- Ausführungsvorschriften über den Urlaub der beamteten Dienstkräfte sowie Richterinnen und Richter aus besonderen Anlässen (Juli 2024)
- Ausführungsvorschriften zum Landespflegegeldgesetz Berlin (Oktober 2024)
- Fachliche Weisung zur Persönliche Assistenz im Land Berlin (Oktober 2024, gemeinsam mit dem Landesbeirat)

- Vereinbarung zur Durchführung der Initiative Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss (Januar 2024)

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

- Gesetz über die Öffentlichen Bibliotheken im Land Berlin (September 2024)

Senatskanzlei

- Gesetz zum Staatsvertrag über den Rundfunk Berlin-Brandenburg (September 2023)

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

- Leistungsbeschreibung „Externe Unterstützung zur Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes zur Mobilitätssicherung für Menschen mit Behinderungen im Land Berlin“ (März 2024)

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

- Schneller-Bauen-Gesetz (Juni 2024, gemeinsam mit den Interessenvertretungen der AG Bauen)

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege

- Wohnteilhabegesetz und Mitgestaltungsverordnung zum Wohnteilhabegesetz (August 2023 / November 2023)

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung (alter Ressortzuschnitt)

- Landesaktionsplan Umsetzung Istanbul-Konvention (Januar 2023)

Es zeigt sich, dass die einzelnen Ressorts quantitativ die LfB in unterschiedlichem Maße frühzeitig beteiligen. Am häufigsten wurden im Rahmen von § 17 Abs. 2 LGBG zu Vorhaben aus der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie Stellung genommen; ebenso vertreten waren Vorhaben aus den Häusern SenASGIVA, SenMVKU, SenWGP, SenKultGZ sowie der Senatskanzlei. Mit dem Focal Point der für Soziales zuständigen Senatsverwaltung wurden zudem viele Vorhaben in enger Kooperation gestaltet (z.B. Rechtsverordnung zur Schlichtungsstelle; Einrichtung des Partizipationsfonds; Änderungen bei der Rechtsverordnung zum Sonderfahrdienst), so dass in diesen Fällen keine umfangreichen schriftlichen Stellungnahmen erarbeitet wurden.

Mittlerweile gehört die Bitte um eine qualifizierte Rückmeldung, also eine Antwort, wie verwaltungsseitig mit den einzelnen Forderungen verfahren wird und eine Begründung dazu, warum diese übernommen oder nicht übernommen werden, zu einer jeden Stellungnahme. Dieser Bitte wird bislang nur eingeschränkt entsprochen, jedoch gab es im Berichtszeitraum diesbezüglich eine positive Entwicklung insbesondere bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie zu verzeichnen. Ein sehr häufiges Problem ist die Tatsache, dass qualifizierte Rückmeldungen zum Teil von der Hausleitung händisch unterschrieben und dann eingescannt versandt werden, so dass diese dann mit dem Screenreader nicht lesbar und deshalb nicht barrierefrei sind.

5.2 Zusammenarbeit mit dem Abgeordnetenhaus

Das Büro der LfB war auch im Berichtszeitraum in Kontakt mit dem Petitionsausschuss und wurde bei Petitionen, die das Thema Behinderung betrafen, entweder in Kenntnis gesetzt oder gar um Zuarbeit oder Stellungnahme gebeten.

Zudem war die Landesbeauftragte selbst während des Berichtszeitraums drei Mal in Ausschüssen geladen, davon zwei Mal explizit als Anzuhörende, ein Mal wurde um Anwesenheit gebeten und sie stand für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

Am 04. Januar 2023 sprach sie im Ausschuss für Mobilität zum Stand der Umsetzung der Barrierefreiheit im ÖPNV sowie zum Stand der Erarbeitung des Mobilitätssicherungskonzeptes für Menschen mit Behinderungen als Anzuhörende. In diesem Zusammenhang hob sie die für Menschen mit Behinderungen in Berlin bestehenden strukturellen Probleme hervor. Sie machte auf die trotz des Ausbaus von Barrierefreiheit noch bestehenden Probleme bei der Ausstattung der letzten U- und S-Bahnhöfe mit Aufzügen, den notwendigen Umbau von damals noch rund 240 Straßenbahnhaltestellen sowie die rund 6000 in Berlin nicht als barrierefrei geltenden Bushaltestellen in Zuständigkeit der Bezirke aufmerksam. Des Weiteren forderte sie neben dem kontinuierlichen Ausbau der barrierefreien Infrastruktur eine höhere Taktung und mehr Personal, um den durch gesteigertes Fahrgastaufkommen bestehenden Problemen für Menschen mit Behinderungen angemessen begegnen zu können. Im Zusammenhang mit Herausforderungen, die durch das Mobilitätskonzept gelöst werden müssen, verwies sie auf die Folgeprobleme, die für Menschen mit Behinderungen durch die Reduktion des motorisierten Individualverkehrs entstehen und forderte die Abgeordneten auf, sich im Zuge der

damals bevorstehenden Verabschiedung von Teil 5 und 6 des Mobilitätsgesetzes für Vorrangregeln für Menschen mit Behinderungen beim Parken einzusetzen.

Am 25. Januar 2024 war die Landesbeauftragte im Ausschuss für Arbeit und Soziales zu Gast, um zum 14. Tätigkeits- und Verstößebericht für den Berichtszeitraum 2021/22 zu sprechen.

Am 29. Februar 2024 befasste sich der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz mit dem Thema öffentlicher Toiletten in Berlin. Die LfB wurde gebeten, bei der Anhörung ebenfalls anwesend zu sein und berichtete in diesem Zusammenhang von der Historie des Toilettenkonzepts sowie dem aktuellen Sachstand. Sie forderte, die Verbesserung der Betriebsbereitschaft von Toiletten, die Einhaltung von Mindeststandards der Barrierefreiheit bei allen Toilettenstandorten (also auch den Toiletten im Park), eine ausgewogene Verteilung der Toilettenstandorte, eine barrierefreie Toiletteninfrastruktur für Veranstaltungen sowie die Einrichtung von einigen Toiletten im Pflegeliege und Lifter und wies auf den Zusammenhang von Teilhabe an Mobilität und einer barrierefreien Toiletteninfrastruktur hin.

Am 06. November 2023 nahm die LfB mit einem eigenen Impuls an einem Fachgespräch der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Berliner Bauordnung teil; am 01. Oktober 2024 war sie zu einem durch Gemeinsam Wohnen Berlin e.V. und Lars Düsterhöft (SPD) organisierten Fachgespräch zum „Recht auf Persönliche Assistenz für alle Menschen mit Behinderungen“ eingeladen. Am 06. September 2024 lud das Deutsche Institut für Menschenrechte zum Fachtag „Die UN-BRK in Berlin: Wie weiter nach der zweiten Staatenprüfung?“ ebenfalls ins Abgeordnetenhaus ein.

5.3 Arbeitskreis Barrierefreies Gesundheitswesen

Der als interne Arbeitsgruppe des Landesbeirats für Menschen mit Behinderungen entstandene Arbeitskreis Barrierefreies Gesundheitswesen tagte im Jahr 2023 aufgrund des personellen Engpasses im Büro der LfB nicht. Im Jahre 2024 nahm der Arbeitskreis seine Aktivität wieder auf und traf sich im April sowie im Juli. Bei der Juli-Sitzung nahm die Staatssekretärin für Gesundheit, Frau Haußdörfer am Arbeitskreis teil.

Der Arbeitskreis befasste sich mit der inhaltlichen Vorbereitung einer gesundheitspolitischen Fachtagung des Landesverbands für körper- und mehrfachbehinderte Menschen Berlin-Brandenburg e.V. sowie der Cooperative

Mensch e.V. im November 2024. Schwerpunkt dieser Tagung war die gesundheitliche Versorgung von Menschen mit sogenannten schweren und mehrfachen Behinderungen in Berlin-Brandenburg. Insbesondere diskutiert wurden dabei die Möglichkeiten und Grenzen sogenannter Medizinischer Zentren für Erwachsene mit Behinderungen (MZEB). Des Weiteren wurde die mangelnde Barrierefreiheit in Arztpraxen sowie der auf Bundesebene erarbeitete Aktionsplan für ein barrierefreies Gesundheitswesen thematisiert.

5.4 Runder Tisch ME/CFS

Da als Folge der Corona-Pandemie an die LfB im Rahmen der Ombudsfunktion immer wieder auch Anfragen und Unterstützungersuchen bei Vorliegen postviraler Syndrome herangetragen wurden, verstärkte die Landesbeauftragte ihre diesbezüglichen Aktivitäten im Laufe des Jahres 2024. Bei postviralen Syndromen handelt es sich um schwere, chronische Multisystemerkrankungen, die in Folge akuter Virusinfektionen auftreten. Dazu zählen das Post-COVID-Syndrom, aber auch die Myalgische Enzephalitis/Chronisches Fatigue-Syndrom (ME/CFS) sowie weitere. Die Betroffenen sind in ihrer alltäglichen Funktionsfähigkeit zum Teil erheblich eingeschränkt, bis hin zur Bettlägerigkeit, und viele leiden unter einer sogenannten Belastungsintoleranz. In der Folge kommt es häufig zu erheblichen Teilhabeeinschränkungen.

Die LfB befindet sich seit 2024 zu der Thematik in regelmäßigem Austausch u.a. mit der Patientenbeauftragten und der Pflegebeauftragten des Landes Berlin. Im Zuge dessen entstand der Runde Tisch ME/CFS, ein Arbeitsbündnis, das sich auf Landesebene mit der Identifikation von Handlungsbedarfen und möglichen Strategien zur Schließung von Versorgungslücken befasst, die von Betroffenen immer wieder u.a. auch an die LfB herangetragen werden. Im Zuge dieses Arbeitsbündnisses wurden zunächst drei große Problembereiche bei der Anerkennung des Krankheitsbildes sowie der medizinischen und sonstigen Versorgung Betroffener identifiziert und bearbeitet:

Erstens ist die Anerkennung postviraler Syndrome sowie der Erkenntnisstand hierzu noch von großen Forschungslücken, Fehlinformationen und Wissensdefiziten

geprägt. Die Charité schätzt², dass in Berlin mindestens 200.000 Betroffene postviraler Syndrome leben. Es fehlt jedoch an zuverlässig erhobenen Daten zur genauen Zahl Betroffener, einer Grundvoraussetzung zur bedarfsgerechten Planung von Versorgungsangeboten. Von Betroffenen wird von Stigmatisierung und Psychosomatisierung berichtet, körperliche Symptome würden als psychosomatisch abgetan und es komme zu Fehldiagnosen und Fehlbehandlungen. Als gesundheitliche und sozialrechtliche Folge kann es u.a. zur Ablehnung eines angemessenen Pflegegrades, von Erwerbsminderungsrenten und eines angemessenen Grades der Behinderung (GdB) kommen. An die LfB wurden in mehreren Fällen Probleme bei der Anerkennung einer Schwerbehinderung durch das LAGeSo trotz erheblicher Funktionsbeeinträchtigungen im Alltag herangetragen. Ihnen gemeinsam ist, dass trotz erheblicher Alltagseinschränkungen meist maximal ein GdB von 30 anerkannt wurde. Neben der mangelnden Berücksichtigung von ME/CFS in der bundesweit geltenden Versorgungsmedizin-Verordnung (VersMedVO) ist nach Eindruck der LfB auch eine restriktive Auslegungspraxis und fehlendes Wissen als Problem in diesem Zusammenhang zu benennen. Die LfB setzt sich daher dafür ein, dass bei der auf Bundesebene anstehenden Überarbeitung der VersMedVO Multisystemerkrankungen und postvirale Syndrome entsprechend anerkannt werden und ist dazu in Austausch mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus dem Bund und den anderen Bundesländern gegangen.

Ein weiterer Problembereich ist die medizinische Versorgung. Auch wenn die im Dezember 2023 vom Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) veröffentlichte Behandlungsrichtlinie einen Behandlungsweg von Hausärztinnen und -ärzten über Fachärztinnen und -ärzte bis hin zu Spezialambulanzen definierte, so sind in der Realität noch sehr große Versorgungslücken wahrnehmbar. Insbesondere für die am schwersten von ME/CFS und Post-COVID betroffenen Personen, die zum Teil seit mehreren Jahren wohnungs- oder bettgebunden sind, fehlen adäquate medizinische Angebote. Die von der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) als erste Anlaufstelle genannten Hausärztinnen und -ärzte verfügen offensichtlich häufig nicht über

² vgl.

URL:https://www.charite.de/service/pressemitteilung/artikel/detail/mehr_unterstuetzung_fuer_long_covid_erkrankte (PM vom 04.12.2024), [zuletzt abgerufen am 8. Juli 2025]

entsprechendes Spezialwissen und zusätzliche Ressourcen, es scheint kaum Angebote von Telemedizin oder aufsuchenden ärztlichen Angeboten zu geben und das Charité Fatigue Centrum ist übernachgefragt und spezialisiert auf die Diagnostik, nicht aber auf die dauerhafte Behandlung. Die von Betroffenen und Expertinnen und Experten geforderte Einrichtung von Spezialambulanzen wurden senatsseitig im Jahr 2024 abgelehnt und auf die Verantwortung der KV bei der Umsetzung der Behandlungsrichtlinie verwiesen. Die KV lehnt spezialisierte Behandlungszentren mit dem Verweis auf die geringe Zahl an Betroffenen ab³. Das innerhalb der KV bestehende Long-COVID-Netzwerk ist für Außenstehende nicht zugänglich. Die Schaffung eines Beratungsangebots für postvirale Syndrome ab Mai 2025 kann bestehende Versorgungslücken nicht schließen und wird daher von der LfB nicht als ausreichend angesehen, auch wenn die zielgerichtete Beratung grundsätzlich zu begrüßen ist.

Auch fehlende Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche, die von ME/CFS oder ähnlichen Erkrankungen betroffen sind, werden beklagt. Hierzu tauschte sich die LfB im Oktober 2024 erstmals mit NichtGenesenKids e.V. aus, einer Interessenvertretung, die ein umfangreiches Empfehlungspapier zu Bildungschancen für Kinder und Jugendliche mit Post COVID, Post VAC und ME/CFS erstellt hat. Darin wird die Berücksichtigung bestehender Belastungsintoleranzen als Schlüssel für erfolgreiche Teilhabe an Bildung herausgestellt und es werden umfangreiche Empfehlungen zur Ausgestaltung möglicher Nachteilsausgleiche und digitaler Bildungsangebote gemacht. Der Einsatz von Avataren ist eine Möglichkeit, die hierbei hervorgehoben wird. Im Zuge der im November 2024 eingereichten Stellungnahme zur Änderung der Sonderpädagogik-Verordnung forderte die LfB deshalb auch die Einrichtung eines berlinweiten Avatar-Pools sowie die Verlängerung des Haus- und Krankenhausunterrichts für die Sekundarstufe II. Zudem war sie im Gespräch mit der zuständigen Bildungsverwaltung hinsichtlich der Erarbeitung eines möglichen SIBUZ-Infobriefes, um die Bewusstseinsbildung in diesem Zusammenhang zu stärken.

³ vgl. URL: <https://www.kvberlin.de/die-kv-berlin/pressemitteilungen/detailansicht/pm240731> [zuletzt abgerufen am 08.Juli.2025]

5.5 Veröffentlichung des Rechtsgutachtens zur Persönlichen Assistenz

Das von der LfB im Jahr 2022 beauftragte Gutachten „Die Berliner „Persönliche Assistenz“ und die UN-BRK – unter besonderer Berücksichtigung der Regelungen des SGB IX und der AV Eingliederungshilfe vom 05.02.2020“ wurde im Rahmen einer durch das Büro der Landesbeauftragten organisierten Fachveranstaltung im Februar 2023 der interessierten Fachöffentlichkeit präsentiert und schlussendlich im April 2023 auf der Webseite veröffentlicht⁴.

Mit diesem Gutachten ließ die LfB von Prof. Dr. Oliver Tolmein prüfen, inwiefern die aktuellen Leistungsvoraussetzungen für das Leistungsangebot der Persönlichen Assistenz, wie sie in den Gemeinsamen Ausführungsvorschriften der Eingliederungshilfe (AV EH) vorgesehen sind, mit der UN-BRK sowie dem Ziel der Selbstbestimmung und Teilhabe des SGB IX vereinbar seien. Hintergrund ist der in den AV EH auch in der Neufassung vom 20.11.2023 in Nr. 183 Abs. 4 weiterhin vorgesehene pauschale Ausschluss von Menschen mit sogenannten geistigen und seelischen Behinderungen von dieser Leistung:

„Die Komplexleistung Persönliche Assistenz kommt nicht in Betracht bei Personen mit wesentlichen geistigen oder seelischen Behinderungen nach Nr. 96 und Nr. 97. Der bestehende Bedarf ist dann durch andere (Assistenz)Leistungen der Eingliederungshilfe und/ oder der Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII des bezirklichen Teilhabefachdienstes Soziales oder den bezirklichen Fachbereich Hilfe zur Pflege zu decken“

In diesem 23-seitigen Gutachten legt Prof. Dr. Tolmein dar, dass der Ausschluss bestimmter Gruppen von Leistungsberechtigten rechtliche Probleme insbesondere vor dem Hintergrund der UN-BRK aufwirft und die AV EH insofern problematisch ist, als der Ausschluss von einer Leistung nicht als deren Ausführung zu verstehen ist. Er führt in diesem Zusammenhang aus:

„Ein auf Gruppenzugehörigkeit basierender Ausschluss von einer Leistungsform, die gezielt Ressourcen dafür einsetzt, das Selbstbestimmungsrecht zu stärken, steht auch schon § 104 Abs 1 SGB IX entgegen: Leistungen sind demnach nach der Besonderheit des Einzelfalls zu gewähren und nicht nach vermuteten Fähigkeiten aufgrund einer Gruppenzugehörigkeit. Auch Menschen mit wesentlichen kognitiven oder psychischen Einschränkungen haben als jeweils Einzelne unterschiedliche Voraussetzungen, Kompetenzen und Probleme.“

⁴ URL: https://www.berlin.de/lb/behil/assets/veroeffentlichungen/gutachten-prof-tolmein-persoенliche-assistenz_veroeffentlichung_final1.pdf?ts=1702425623 [zuletzt abgerufen am 07.07.2025]

Zuletzt zeigt er Umsetzungsmöglichkeit für eine Weiterentwicklung der Leistung der Persönlichen Assistenz auf. Während des Berichtszeitraums änderte die für Soziales zuständige Senatsverwaltung ihre Position diesbezüglich allerdings nicht.

Ein weiteres Problem, das in Zusammenhang mit der Persönlichen Assistenz auch im Berichtszeitraum weiterhin bestand und welches im Zuge der gemeinsam mit dem Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen abgegebenen Stellungnahme zum Entwurf einer Fachlichen Weisung an das für Persönliche Assistenz zuständige LAGeSo bemängelt wurde, war die Tatsache, dass für den Tarifkonflikt im Rahmen des Arbeitgebendenmodells nach wie vor keine dauerhafte Lösung gefunden werden konnte. Die LfB befürwortet eine Lösung, die dafür sorgt, dass dieses Modell dem Sachleistungsmodell zumindest gleichgestellt ist. Das Arbeitgebendenmodell ist ein Kernstück der Behindertenbewegung und ermöglicht mehr Selbstbestimmung als andere Unterstützungsformen. Daher ist es nicht hinnehmbar, wenn die behinderten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber keine Möglichkeit haben, ihre Assistenzkräfte gleichwertig zu denen der Dienste zu bezahlen. Die Landesbeauftragte empfahl im Berichtszeitraum der für Soziales zuständigen Senatsverwaltung in mehreren bilateralen Gesprächen, sich für eine politische Lösung innerhalb des Senats einzusetzen.

6 Schlussbemerkungen

Dieser 15. Tätigkeitsbericht gibt einen Überblick über die Aufgaben, Initiativen und Zielsetzungen der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen in den Jahren 2023 und 2024. Dabei zeigt sich, dass die Umsetzung der 2021 in Kraft getretenen Neufassung des Landesgleichberechtigungsgesetzes zwar weiter fortgeschritten, noch lange jedoch nicht abgeschlossen ist. Insbesondere die in Verantwortung aller Senatsverwaltungen liegenden Arbeitsgruppen Menschen mit Behinderungen und deren Ausstattung, politische Bedeutung und Partizipation an zentralen Vorhaben in den einzelnen Häusern bedürfen bei vielen Senatsverwaltungen noch der deutlichen Verbesserung.

Inhaltlicher Schwerpunkt der eigenen Initiativen der LfB im Berichtszeitraum war das Themenfeld Gesundheit insbesondere mit Blick auf die Versorgungslage bei postviralem Syndrom. Hierbei sind gravierende Handlungsbedarfe identifiziert worden und die Landesbeauftragte sieht den Senat in der Pflicht, sich der Situation

anzunehmen und nicht nur die Beratungs-, sondern auch die Versorgungsinfrastruktur zu stärken.

Vor dem Hintergrund einer gesamtgesellschaftlichen Situation, die von kleinen und großen Krisen geprägt ist, ist es mittlerweile teilweise sehr viel schwieriger, aber umso wichtiger, die Rechte von Menschen mit Behinderungen auch in den Politikfeldern mitzudenken, in denen mit dem Fachkräftemangel, Wohnraumknappheit und klimabedingter Mobilitätswende drängender Handlungsbedarf besteht. Seiner Verantwortung bei der Gleichberechtigung von Menschen mit und ohne Behinderungen besser nachkommen sollte der amtierende Senat insbesondere in den Politikfeldern Bildung, Mobilität, Bauen und Eingliederungshilfe. Dies umfasst etwa eine systematische Erfassung von Gründen für die verkürzte oder nicht stattfindende Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen, die Erarbeitung des nach wie vor ausstehenden Konzepts zur Mobilitätssicherung von Menschen mit Behinderungen, die Schaffung barrierefreier bzw. uneingeschränkt mit dem Rollstuhl nutzbarer Wohnungen sowie die verbesserte Steuerung im Bereich der Leistungen zur Eingliederungshilfe. Bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes erweist sich die zweigeteilte Berliner Verwaltung und die fehlende Fachaufsicht auf Landesebene als eine zentrale Hürde. Mit der Verwaltungsreform hat der Senat eine zentrale Weiche gestellt, um drängende Probleme zukünftig hoffentlich konsequenter und mit weniger Zuständigkeitsstreitigkeiten angehen zu können. Dies gilt es auch für die Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderungen zu nutzen.

Abkürzungsverzeichnis

ABB	Alternative Barrierefreie Beförderung
AGH	Abgeordnetenhaus
AV EH	Gemeinsame Ausführungsvorschriften für die Eingliederungshilfe
BER	Flughafen Berlin-Brandenburg
BTHG	Bundesteilhabegesetz
BVG	Berliner Verkehrsbetriebe
COVID	Corona-Virus Disease, Corona-Virus-Krankheit
DIN	Deutsche Industrienorm
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
ESF	Europäischer Sozialfonds
GdB	Grad der Behinderung
KBB	Konferenz der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen aus Bund und Ländern
LABO	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
LADG	Landesantidiskriminierungsgesetz
LAGeSo	Landesamt für Gesundheit und Soziales
LfB	Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen
LGBG	Gesetz über die Gleichberechtigung von Menschen mit und ohne Behinderungen; Landesgleichberechtigungsgesetz
LIGA	Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege Berlin
ME/CFS	Myalgische Enzephalitis / Chronisches Fatigue-Syndrom
MPK	Konferenz der Regierungschefs und Regierungschefinnen der Länder
MZEB	Medizinische Zentren für Erwachsene mit Behinderungen
NVP	Nahverkehrsplan
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr

RBm – Skzl	Der Regierende Bürgermeister von Berlin – Senatskanzlei
SenASGIVA	Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
SenBJF	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
SenFin	Senatsverwaltung für Finanzen
SenInnSport	Senatsverwaltung für Inneres und Sport
SenJustV	Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
SenKultGZ	Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
SenMVKU	Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
SenStadt	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
SenWGP	Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
SenWiEnBe	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
SFD	Sonderfahrdienst
SGB	Sozialgesetzbuch
SIBUZ	Schulpsychologisches und inklusionspädagogisches Beratungs- und Unterstützungszentrum
SopädVO	Sonderpädagogikverordnung
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
UN-BRK	UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen
VersMedVO	Versorgungsmedizinverordnung
WTG	Wohn- und Teilhabegesetz